

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

22.2.1929 (No. 45)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Postfach Nr. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. K. Menck, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholung der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Zeitung, Postfach Nr. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Inhalt der Zeitung verfallen, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Zugang zum wissenschaftlichen Lehramt an Höheren Lehranstalten in Baden

Der Zugang badischer Abiturienten zum Studium der Fächer des wissenschaftlichen Lehramts an Höheren Lehranstalten — Philologie oder Mathematik und Naturwissenschaften — ist seit einigen Jahren so stark, daß in den kommenden Jahren nicht alle Bewerber für das wissenschaftliche Lehramt in den Staatsdienst aufgenommen werden können. Würden alle Bewerber, die die Staatsprüfung für das wissenschaftliche Lehramt bestanden, als Anwärter aufgenommen werden, so würde in wenigen Jahren der Bedarf auf eine lange Reihe von Jahren vollständig gedeckt sein; es müßten dann diese aufgenommenen Anwärter viele Jahre auf Verwendung — sogar auf die Verwendung in außerplanmäßigen Stellen — warten, und es könnten sehr bald — wenn es überhaupt noch verantwortet werden könnte, Staatsprüfungen für das wissenschaftliche Lehramt abzuhalten — auch die Bewerber mit den besten Prüfungsergebnissen nicht mehr mit Aussicht auf Verwendung in absehbarer Zeit übernommen werden.

Die badische Schulverwaltung kann einen Zustand dieser Art, der für das höhere Schulwesen vernichtend wäre, nicht entstehen lassen. Es sollen deshalb nach einer Bekanntmachung des Ministers des Kultus und Unterrichts künftig von den Bewerbern, welche die Staatsprüfung für das wissenschaftliche Lehramt bestanden, jeweils nur so viele aufgenommen werden, als dem Bedarf entspricht. Die Nichtübernommenen werden endgültig abgewiesen, da Wartelisten wegen der mit diesen verbundenen verhängnisvollen Folgen nicht in Betracht kommen.

Wer sich dem Studium der Philologie oder dem der Mathematik oder den Naturwissenschaften zuwendet in der Absicht, sich dem höheren Schuldienst zu widmen, wird sich darüber klar sein müssen, daß er nur mit guten Leistungen sein Ziel erreichen kann. Es wird dabei, um die Anwartschaft auf das wissenschaftliche Lehramt zu erlangen, neben einem günstigen Ergebnis der Staatsprüfung auch die Bewährung im Vorbereitungsdienst, der durch Bekanntmachung vom 17. Dezember 1928 angeordnet ist, erforderlich sein. Es ist dringend zu empfehlen, daß schon vor Beginn des Studiums und immer wieder während der Studienzeit ernstlich die Frage geprüft wird, ob die Befähigung zu den erforderlichen guten Leistungen vorhanden ist. Vor Beginn des Studiums werden die Gesamtnote und die Noten in den Fächern, auf denen sich das Studium besonders aufbaut, ein sehr deutlicher Hinweis für die Beantwortung der Frage sein. Die Direktoren der Höheren Lehranstalten sind außerordentlich angewiesen, die in Frage kommenden Abiturienten und deren Erziehungsberechtigten mündlich und schriftlich darüber zu beraten, ob sie die richtige Berufswahl getroffen haben. Während des Studiums werden die Dozenten der Universitäten bereit sein, den Studierenden zu beraten. Die badischen Hochschuldozenten für Fächer des wissenschaftlichen Lehramts sind nämlich ersucht worden, den Studierenden gegenüber mit ihrem Urteil über ihre Befähigung nicht zurückhaltend zu sein.

Schließlich bleibt allerdings die Verantwortung bei dem Studierenden und Bewerber für das wissenschaftliche Lehramt selbst. Wie notwendig und wichtig eine sorgsame Selbstprüfung ist, mag daran verdeutlicht werden, daß voraussichtlich der Bedarf an Zugang für das wissenschaftliche Lehramt in den nächsten Jahren jeweils weniger als 50 Bewerber beträgt, während in den Jahren 1925, 1926, 1927 und 1928 jeweils 62, 73, 66 und 68 Bewerber die Staatsprüfung bestanden haben. Es werden nach den derzeitigen Zahlen badischer Abiturienten, die Philologie oder Mathematik und Naturwissenschaften studieren, sich zwei bis dreimal oder sogar viermal so viele Bewerber melden als Lehramtsaspiranten im Laufe eines Jahres übernommen werden können. (Für die Prüfung 1929 haben sich bereits 150 Bewerber gemeldet.) Dabei ist angenommen, daß von den Studierenden der genannten Fächer nicht mehr als 80 vom Hundert sich zur Staatsprüfung melden. Hiernach ergibt sich für die Prüfungsjahre 1929 bis einschließlich 1933 eine wahrscheinliche Bewerberzahl von 650 gegenüber einem Bedarf von — schätzungsweise — 200 Anwärtern. Die Zahl der schon jetzt übernommenen noch nicht in außerplanmäßigen Stellen verwandten Anwärter ist weit größer, als sie der Regel nach sein sollte.

Die Zukunft der badischen Höheren Lehranstalten drängt eher nach einer Minderung als nach einer Steigerung des Bedarfs. Die wiederholten Warnungen der badischen Unterrichtsverwaltung waren, wie die große Zahl der jetzt Studierenden erweist, fruchtlos. Es bleibt hiernach nur übrig, die Aufnahme von Anwärtern für das wissenschaftliche Lehramt künftig nach dem Bedarf, wie er eben angegeben wurde,

Letzte Nachrichten

Neue Zwischenfälle in Spanien

Das gefährdete Regime Primo de Rivera
Br. London, 22. Febr. (Tel.) „Daily Express“ berichtet aus Penhaye an der französisch-spanischen Grenze: Die Durchführung des kgl. Dekrets, durch das auf die Forderung des Generals Primo de Rivera hin der König von Spanien das Artilleriekorps auflöste, hat eine neue Bedrohung für den Frieden des Landes geschaffen.

Infanterieoffiziere in Sevilla, die den Befehl erhalten hatten, die Verwaltung der örtlichen Artillerieakademien zu übernehmen, wurden plötzlich von Kadetten und jüngeren Offizieren der Schule angegriffen, und eine Anzahl von ihnen wurde ernstlich verletzt. Die Infanteriekommandeure befahlen, das Feuer auf die Artillerieoffiziere zu eröffnen, aber die Soldaten weigerten sich, den Befehl nachzukommen und setzten ihre Offiziere in den Kasernen gefangen, wo sie lange Zeit verblieben, bis sie von Mitgliedern der örtlichen Polizeitruppen befreit wurden, die strategische Stellungen eingenommen hatten, und denen es schließlich gelang, die Ordnung wiederherzustellen. Endgültige Nachrichten aus anderen Teilen des Landes können nicht beschafft werden; aber es verlautet, daß ähnliche Zwischenfälle in zahlreichen Bezirken vorgekommen seien. Die Nachrichten werden durch eine strenge Zensur, die von der Regierung errichtet worden ist, abgefangen.

Eine Kabinettsitzung fand gestern statt, um die Lage zu erwägen. Der Ernst der augenblicklichen Lage tritt in einer Mitteilung des „Journal von Madrid“ zutage, das der Diktatur des Generals Primo de Rivera stets günstig gestimmt war. Diese Zeitung besteht darauf, daß angesichts des Ernstes der Lage der König beschließen solle, Sanchez Guerra, der augenblicklich ein Gefangener ist, zur Macht zurückzurufen. Dies würde — dem Korrespondenten des „Daily Express“ zufolge — das Ende des Regimes Primo de Rivera bedeuten.

Ernstere Lage in China

Neue Kämpfe in Schantung
W.W. Tschifu, 22. Febr. (Tel.) Heute früh hat man hier heftiges Geschützevernehmen, das ungefähr 25 Kilometer entfernt zu sein schien. Wie man vermutet, handelt es sich dabei um einen Versuch des ehemaligen Militärregimentes von Schantung, Marschall Tschangtschun zu ergreifen, der am 19. Februar, von Drien kommend, in Luangkau eintraf, mit 5000 Mann die Stellungen des nationalchinesischen Oberbefehlshabers von Tschifu bei Fußangtien einzunehmen, um die Gewalt in der Provinz Schantung an sich zu reißen.

Die Lage in Schantung hat die amerikanischen Behörden veranlaßt, einen Kreuzer von Manila nach Tschifu zu entsenden. Schantungsschiffahrt soll sich auf dem Wege nach Tschifu befinden. Der Ataman Semenoff und drei andere russische Generale, die nach dem Zusammenbruch der „weißrussischen“ Bewegung in Sibirien in chinesischen Diensten geflohen haben, sollen ihn begleitet. In Tokio ist man, wie „Times“ berichtet, der Ansicht, daß Tschangtschun sich ansehnlich bemüht hat, sich eine Stellung zu schaffen, die es ihm erlaubt, Tjingtau zu besetzen, sobald die Japaner es räumen.

Die Hungernot in Schansi

In einem Bericht des Internationalen Hilfskomitees in Peking werden die schrecklichen Zustände, die in einem Teil der Provinz Schansi herrschen, geschildert. In einer Ortschaft liegen 200 Personen in Erwartung des Todes aufeinandergelehrt in einem Keller. Die Dorfbewohner essen zermahlenes trockenes Gras. Wegen der Hungernot ist keine Winterausfahrt möglich gewesen, so daß sich die Lage wahrscheinlich in den nächsten Monaten noch verschlimmern wird.

Baldwin und die Schwerindustrie

W.W. London, 22. Febr. (Tel.) „Times“ zufolge wird die Antwort des Premierministers auf das Ersuchen des Eisen- und Stahlindustrieverbandes um eine volle unparteiische Untersuchung der Lage der Industrie heute mit der Antwort des Verbandes veröffentlicht werden. Baldwin hat, wie verlautet, vorgeschlagen, die Frage bis nach den Neuwahlen in der Schwede zu lassen, da eine solche Untersuchung lange Zeit erfordern würde.

Gegen die Einreise Troglis. Der Vorsitzende der deutschen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, hat Einspruch gegen die Einreise Troglis nach Deutschland erhoben, weil er dadurch eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung befürchtet.

Unter dem Verdacht der Spionage zugunsten Polens in den Dörfern des Grenzbezirks Witow wurden acht Personen durch die Grenzpolizei festgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich sieben Deutsche und ein polnischer Staatsangehöriger. Lokomotiven für Südafrika. Die Firma Henschel in Kassel hat einen Auftrag über Lieferung von Lokomotiven im Wert von 87 000 Pfund Sterling von der südafrikanischen Eisenbahn erhalten.

und nach den besten Leistungen in den kommenden Staatsprüfungen und im Vorbereitungsdienst in steigendem Maße zu beschränken.

Wirtschaftliche Umschau

Unser Südwesen und die deutsche Elektrizitätswirtschaft — Probleme der Getreidewirtschaft

Die Gründung der Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft A.-G. hat, wie mitgeteilt wurde, den Zweck, die Zusammenarbeit zwischen den Energiewirtschaftsgebieten Südwesdeutschlands und Westdeutschlands zu fördern. Der neuen Gesellschaft gehören das im Besitz des badischen Staates befindliche Badenwerk, das Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk (das sich zum Teil in öffentlicher Hand befindet), andere westdeutsche Großkraftwerke und auch die nichtbayerischen Mainkraftwerke an. Auch der Beitritt einer württembergischen Unternehmung ist in Aussicht genommen. Die Werke der neuen Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft A.-G. sind bereits jetzt durch Hochspannungsleitungen von den Alpen (Schweiz) bis nach Nordwestdeutschland hinein zusammengeschlossen und versorgen das wesentlichste Absatzgebiet Deutschlands. Der Segen des Zusammenschlusses zwischen unseren Wasserkräften und der rheinischen Braunkohle erweist sich für uns in diesen Tagen wieder. Der Ausfall der durch den Eisgang stark behinderten Oberrheinkraftwerke wird glatt von Rheinland her ersetzt und sämtliche Abnehmer des Badenwerks können dauernd voll beliefert werden. Durch diesen Zusammenschluß wurden somit wichtigste deutsche Wirtschaftsgebiete unter ein einheitliches System gebracht. Wie ferner mitgeteilt wurde, ist es durch diesen Zusammenschluß möglich, nunmehr auch den deutschen Westen an der „A.-G. Deutsche Elektrizitätswirtschaft“ zu beteiligen.

Dadurch wird also ein ganz großer Zusammenschluß in der deutschen Elektrizitätswirtschaft vorbereitet. Zunächst handelt es sich um eine Parallellastion zur „A.-G. Deutsche Elektrizitätswirtschaft“, in der sich zu gleichem Zweck jeinerzeit das staatseigene Bayernwerk, die in Reichsbefitz befindlichen Elektrowerke A.-G. und die Preußen-Elektra (Preussische Elektrizitäts-A.-G.) zusammengeschlossen, eine Gründung, durch die eine gemeinsame Energieversorgung in einem Gebiet sichergestellt wurde, das von Innsbruck bis Hamburg reicht. Die „A.-G. Deutsche Elektrizitätswirtschaft“ war von Anfang an als zentrale Vereinigung der gesamten deutschen Energiewirtschaft gedacht. Den geäußerten Bedenken, daß es sich bei dem jetzt erfolgten Zusammenschluß der südwesdeutschen und westdeutschen Werke um eine Opposition gegen das Berlin-bayerische Zentralunternehmen handle, tritt man übrigens in Bayern entgegen und nimmt lediglich an, daß die im Westen zusammengeschlossenen Werke eine einmalige Positionstärkung gegenüber der bayerisch-preussischen Vereinigung vornahmen, um ihre Quotenansprüche geltend machen zu können. Der Zusammenschluß im Westen wird deshalb begrüßt, da dadurch die Verhandlungen erleichtert würden. Übrigens ist auch in der westdeutschen Elektrizitätsgruppe in dem ihr angeschlossenen Vereinigten Elektrizitätswerk Westfalen der preussische Staat beteiligt, und außerdem bestehen bereits jetzt Verbindungsleitungen zwischen den der Ost- und der Westgruppe angehörigen Elektrowerken, so die durchlaufende Hochspannungsleitung Bayern-Württemberg-Baden.

Seit längerem wird, besonders seit dem Übergang der Aktienmehrheit des Scheuerkonzerns in die öffentliche Hand, im Zusammenhang mit dem Problem der Finanzierung der deutschen Getreideernte, die Frage erörtert, ob nicht durch ein Getreidehandelsmonopol der Krisis der deutschen Landwirtschaft und den Preisschwankungen auf dem Getreidemarkt entgegengetreten werden könnte. Die Monopolvorschlüsse sind verschiedener Art, so wird u. a. lediglich eine Monopolisierung der Einfuhr von Brotgetreide gefordert, die man durch Ausbau des Scheuerkonzerns möglich machen will, andere Vorschläge verlangen auch Ankauf des Inlandgetreides durch das Reich und gehen bis zur völligen Monopolisierung des Getreidehandels und auch der Getreideverarbeitung.

An diesen Fragen hat nicht nur die badische Landwirtschaft großes Interesse, sondern die badische Wirtschaft überhaupt. Mannheim, das als Getreidehandels- und Umschlagplatz eine überragende Bedeutung in der Vorkriegszeit erlangt hat, ist jetzt wieder eifrig bemüht, diesen Charakter nach den Verlusten durch den Kriegsausgang wiederzugewinnen. Der dortige Handel und die Mannheimer Mühlen stehen in schwerster Abwehr gegen alle

Mit der Beilage: 14. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Monopolbestrebungen und glauben, daß bei geeigneten Umstellungen durchaus Chancen für einen Wiederaufbau bestehen. Man verweist darauf, daß der Verdienst des Großhandels nur einen geringen Bruchteil des Verbraucherpreises ausmache, während er ziemlich Risiken übernehme, die in öffentlicher Hand sicher nicht billiger würden. Große, von der öffentlichen Hand auf den internationalen Getreidemärkten getätigte Aufträge würden, wie sich das bei Sowjetrußland gezeigt habe, die Preise in die Höhe treiben, während die Dispositionen des Handels für das liefernde Ausland viel weniger durchsichtig seien. Der Getreidehandel, zumal Mannheim, habe immer noch gute kommerzielle Beziehungen, und er sei viel weniger lokal gebunden als z. B. der Kohlenhandel. Deshalb sei es durchaus möglich, Mannheim wieder zu einem Mittelpunkt des internationalen Getreidegroßverkehrs zu machen, sowohl für Lieferung nach der Saar und der Schweiz, wie auch nach Oden Bayern, vielleicht auch Österreich. Hierfür sei es freilich notwendig, weitere Tarifverbesserungen bei der Reichsbahn zu erwirken und auf Frankreich als Beispiel hinzuweisen, das Straßburg tariflich als Seehafenplatz behandelt, während der Aktionsradius Mannheims unter den Hamburg und Bremen gestandenen Seehafenausnahmen und Durchfuhrtarifen liegt. Auch in der Inlandproduktion, wie im Brauergewerbe (Bayern und Württemberg) beständen für Mannheim noch manche Möglichkeiten.

In der Landwirtschaft gibt es zwar einige Befürworter eines Getreidehandelsmonopols, die darin die Möglichkeit stabilerer Getreidepreise sehen, doch fürchtet man vor allem in landwirtschaftlichen Kreisen, daß die Landwirtschaft, die ja nur mehr ein Viertel der deutschen Gesamtbevölkerung ausmacht, in absolute Abhängigkeit vom Staat geraten würde, der mit der Preisfestsetzung für Getreide ein außerordentliches Machtmittel gegenüber den Produzenten in die Hand bekäme. Eine Hauptschwierigkeit für den kapitalarmen Landwirt besteht darin, die Ernte mit Gewinn zu Geld zu machen. Für seine letzte Ernte erhielt er dabei Preise, die nur wenig über den Vorkriegspreisen lagen. Im letzten Herbst gingen wieder große deutsche Getreidemengen nach dem Ausland, da der Landwirt Geld brauchte, während später Getreide zu höheren Preisen wieder aus dem Ausland heringekommen werden muß. Daß das ein Argument für ein Getreidemonopol sei, wird von dem Jenauer Volkswirtschaftler Prof. v. Dieke bestritten, denn durch den Verkauf an das Ausland bald nach der Ernte würden beträchtliche Kosten an Zinsen, Lagergeld, Bearbeitungskosten, Schwund und Versicherung erspart, die für sieben Monate auf über 33 RM die Tonne zu veranschlagen seien. Aus der Abgabe von Getreide an das Ausland nach der Ernte erwäge somit der deutschen Volkswirtschaft eher ein Gewinn als ein Verlust.

Der bekannte bayrische Genossenschaftsführer Dr. Heim befaßt sich kürzlich mit den Entlohnungsversuchen des Reichs, wobei er auch darauf hinweist, daß die Scheuergeellschaft nicht einmal den 20. Teil des Getreides, das auf den Markt komme, erkaufte. Bei der Erntefinanzierung müsse der Weg über die Genossenschaften eingeschlagen werden, und zwar unter Beilegung des beim Bauern verbleibenden Getreides zum halben Marktpreis bei billigem Zins auf höchstens sechs Monate. Expedition und Einlagerung verteuerten die Lombardierung unnötig, und die in Amerika und Kanada angewandten Verfahren seien für Deutschland ungeeignet.

Der Reichsernährungs- und Reichslandwirtschaftsminister Dietrich hält gleichfalls ein Einfuhrhandelsmonopol zur Zeit für nicht durchführbar und auch nicht nötig, denkt jedoch, wie nun gemeldet wird, an die Einführung eines Preisausgleichs für Weizen, da die Inlandpreise, gerade für dieses Getreide, als vollkommen unhaltbar bezeichnet werden müssen. Dieser Preisausgleich soll mit Hilfe einer Gebühr erreicht werden, die solange bei der Weizeneinfuhr erhoben wird, bis ein ausreichender Inlandkurs erzielt ist. Dadurch will man sich außerdem Mittel für Preisregulierungen auf anderen Gebieten der landwirtschaftlichen Produktion verschaffen.

Der Reichsrat

genehmigte am Donnerstag die Richtlinien für Maßnahmen der Träger der Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung in der Gesundheitsfürsorge für tuberkulöse und geschlechtskrank Versicherte. Ferner wurde das Gesetz über den Welfenvertrag angenommen. Angenommen wurde weiterhin ein Gesetzentwurf zur Änderung der Reichshaushaltsordnung. Nach dieser Vorlage wird u. a. die Anleiheermächtigung jährlich in ihrer Gesamthöhe besonders durch das Haushaltsgesetz festgestellt. Wenn mit einer Inanspruchnahme des Reiches für eine Bürgschaftsgewähr zu rechnen ist, so sind in den Haushaltsplan Ausgabemittel in entsprechender Höhe einzustellen. Ausgabereise sollen grundsätzlich mit Schluß des Rechnungsjahres eingezogen werden.

Parlamentarischer Abend beim Reichskanzler. Reichskanzler Müller hatte zu Donnerstag zahlreiche Einladungen zu einem parlamentarischen Abend in den Räumen des Reichskanzlerhauses ergeben lassen. Es waren fast vollständig erschienen: Das Präsidium des Reichstages und des preussischen Landtages, die Reichsminister und preussischen Staatsminister, der Vorstand des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, zahlreiche Mitglieder des Reichstages. Führende Persönlichkeiten aus Kunst, Wissenschaft, Handel, Industrie und Finanz waren neben zahlreichen Vertretern der Presse erschienen. Die Gäste, etwa 500 an der Zahl, verbrachten den Abend in den althergebrachten Räumen des Reichskanzlerhauses in angenehmer Unterhaltung.

Dr. Edener führt zur Zeit in Berlin Verhandlungen mit der Reichsregierung über eine finanzielle Unterstützung für den in Friedrichshagen vorgesehene Bau einer großen Werft, ferner Besprechungen über die geplante Orientfahrt des „Graf Zeppelin“. Die Ende März stattfinden soll.

Die Koalitionsfrage in Preußen

Die Verhandlungen bisher erfolglos.

Die Deutsche Volkspartei hat am Donnerstag ihren Widerstand gegen den Vermittlungsvorschlag des preussischen Ministerpräsidenten Brauns und ihres eigenen Parteichefs Stresemann nicht aufgegeben. Die Unterhändler ihrer Landtagsfraktion haben vielmehr Herrn Braun erneut mitgeteilt, daß die Fraktion an der Forderung auf die Zuteilung von zwei **Sachressorts in Preußen** festhalte. Sie schlagen dafür vor, das Zentrum möge sich mit zwei Ressortministern in Preußen zufrieden geben und einen seiner künftigen Reichsminister als preussischen Minister ohne Portfeuille zu bestellen. Herr Braun antwortete, er glaube nicht, daß ein solcher Vorschlag vom Zentrum angenommen werde, erklärte sich aber bereit, ihn weiterzuleiten.

Das Hauptorgan des Zentrums, die „Germania“, schreibt dazu: „Nach Lage der Dinge kann gesagt werden, daß das Zentrum keine Neigung verspürt, auf den vorkoalitionellen Gegenvorschlag einzugehen. Der vom Ministerpräsidenten Braun gemachte Vorschlag war geeignet, eine faire Regelung der kritischen Fragen herbeizuführen. Wenn die Deutsche Volkspartei auf ihrer ablehnenden Haltung beharrt, dann wird sie eben auf eine Beteiligung an der preussischen Regierung verzichten müssen.“ Darüber hinaus, fährt das Blatt fort, werde dann nochmals festgestellt werden können, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei auch die Ordnung der Regierungsverhältnisse im Reich verhindert hat.

Ministerpräsident Dr. Braun hat entsprechend seiner Zusage an die Volkspartei deren Vorschläge an das Zentrum weitergeleitet. Die zuständigen Fraktionsinstanzen haben jedoch am heutigen Freitag diese Vorschläge **glatt abgelehnt**, so daß damit auch dieses Stadium der Koalitionsverhandlungen zunächst als erledigt bezeichnet werden kann.

Ministerpräsident Braun hat daraufhin der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei die Mitteilung gemacht, daß nach Ablehnung seines Vorschlages seine Mission erledigt sei.

Die Frage der Eidesreform

RD. Berlin, 22. Febr. (Tel.) Im Strafrechtsausschuß des Reichstages erklärte heute Reichsminister der Justiz Koch zur Eidesfrage:

Ohne eine grundstürzende Änderung des bestehenden Zustandes lassen sich die schweren Mißstände, die sich aus der **Säufung der Eidesabnahme** in Deutschland nach allgemeiner Ansicht ergeben haben, nicht beseitigen. Für eine Neuregelung kommen vier Lösungen in Frage. Entweder man behält grundsätzlich den Eid als das Mittel zur Sicherung der gerichtlichen Aussage bei und begnügt sich mit nebensächlicher Reform. Damit ist nicht gemeint, daß man schaffte den Eid grundsätzlich ab und setzt an seine Stelle die „strafbare Betrügnung“. Wir haben uns aber den Bedenken nicht verschließen können, die namentlich von den Landesregierungen lauten und dahin gehen, daß der Eid nach der Ausübung weiter Bevölkerungsschichten als äußerste Mittel der Wahrheitsforschung wenigstens zur Zeit noch nicht als entbehrlich angesehen werden könne. Sollte man nun dreistens dazu übergehen, den Eid für wichtige Fälle noch in Anspruch zu nehmen, in allen anderen Fällen es aber bei der Straflosigkeit der Zeugnisaussage bewenden zu lassen, so wird man den Angeklagten und den sonst an einer Wahrheitsforschung interessierten Personen nicht gerecht.

Es bleibt demnach nichts anderes übrig, als in den normalen Fällen eine Form der Vernehmung einzuführen, bei der kein Eid abgenommen wird, bei der aber die Unwahrheit strafbar ist. Sie ist in unseren Vorschlägen als „**Betrügnung**“ bezeichnet. Sie wird als Vergehen, nicht als Verbrechen behandelt. Daneben aber muß in allen Fällen, in denen von der Aussage eines Zeugen die entscheidende Beurteilung eines Falles abhängig ist, zur äußersten Wahrheitsforschung der Eid zugelassen bleiben. Unsere Vorschläge sehen ausdrücklich vor, daß die befristete Aussage straflos bleibt, wenn sie unter Eid widerrufen wird. In der Hand eines geschickten Richters wird also die neue Vernehmungstechnik zu schaffen und, was vielleicht noch wichtiger ist, den Richtern Gelegenheit und Zeit zu geben, sich mit dem Einzelfall so sorgfältig zu beschäftigen, wie es der Umstand erfordert, daß von der Entscheidung fast jedes Rechtssalles menschliches Schicksal in weitestem Umfang abhängt.

Die Wetterlage

Widriges Wetter in Sicht

RD. Berlin, 22. Febr. (Tel.) Über die Wetterlage in Deutschland wird mitgeteilt:

In der letzten Nacht wurde die stärkste Kälte in Süddeutschland und Österreich beobachtet. München hatte 24, Wien 20 Grad Kälte. Auch im übrigen Süddeutschland waren die Temperaturen recht tief. Dagegen ist in Norddeutschland eine Aufschwächung des Frostes eingetreten, wie z. B. die Gegend von Berlin nur noch wenig über 10 Grad Kälte zu verzeichnen hatte. Auch in Ostpreußen und längs der ganzen Küste hat sich der Frost bereits merklich gemildert.

Dies steht im Zusammenhang mit einer **Änderung der Luftdruckverteilung**, welche in etwas höheren Luftschichten schon Westwinde herbeigeführt hat. Das Hochdruckgebiet, in dem wir während der beiden letzten Tage lagen, ist im weiteren Rückweichen nach Süden begriffen, während zugleich über Nord- und Ostpreußen, namentlich über Südschweden, der Luftdruck weiterhin kräftig sinkt. Aus diesen Druckänderungen heraus sind die erwähnten westlichen Winde in der Höhe zu erklären. Sie werden wahrscheinlich bis morgen langsam weiter um sich greifen und im ganzen Reich **Temperaturanstieg** bewirken. Dieser wird im nördwestlichen Küstenbezirk zu Lawetter führen, im mittleren Norddeutschland die Temperaturen bis an den Gefrierpunkt anheben lassen und auch in Süddeutschland eine **Milderung der Kälte** herbeiführen. In Norddeutschland wird es dabei größtenteils trübe sein.

In München werden alle Volksschulen sowie die Berufsfortbildungsschulen bis einschließlich 2. März geschlossen. Die Stadt hofft, daß durch diese Maßnahme eine Gefährdung der Nahrungsvorgang der Bevölkerung vermieden wird.

In der Ferngasleitung **Ausfrieren-Überbrückung** ereignete sich infolge der großen Kälte ein Gasrohrbruch, wodurch 17 Personen, die sämtlich im Schlaf lagen, mehr oder weniger schwer durch Gas vergiftet wurden. Das bedrohte Haus sowie ein Nachbarhaus mußten sofort geräumt werden.

Im Eisenbahnverkehr **Budapest**—Wien sind neue Störungen infolge der Verschärfung der Kälte eingetreten.

Aus dem Reichstag

Reichsbahn und Reparationen

Im Reichstag war am Donnerstag die **Plenaritzung** kurz weil man den Fraktionen genügend Zeit zu ihren Sitzungen lassen wollte. Das ist um so notwendiger, als die Verhandlungen über die **Koalitionsbildung** jetzt eine Wendung bekommen haben durch den Vorschlag, einen Reichsminister sozusagen als Verbindungsmann auch zum preussischen Minister ohne Portfeuille zu machen. Die Unterhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und den übrigen Parteien der Großen Koalition darüber schienen am Donnerstag aber noch nicht endgültig abgeschlossen zu sein.

Im Plenum kamen bei der Fortsetzung der Aussprache über die **Betriebsfähigkeit der Reichsbahn** die Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten zum Wort. Wesentlich Neues konnte die Debatte naturgemäß nicht mehr bringen, denn die Redner der beiden bürgerlichen Parteien waren mit den Rednern von Mittwoch darin einig, daß wir uns der Einrichtungen der Reichsbahn nicht zu schämen haben, daß aber im Interesse der höheren Betriebsfähigkeit noch manche Mängel abzustellen sind, zu denen wir dringend notwendig das Geld gebrauchen, das jetzt der Reichsbahn durch die hohe **Reparationslast** weggenommen wird. Die ganze Aussprache ist also im wesentlichen eine Begründung der bei den kommenden Reparationsverhandlungen zu stellenden Forderung auf **Herabsetzung der unserer Reichsbahn auferlegten Reparationslast**.

Am heutigen Freitag 2 Uhr soll die Aussprache fortgesetzt werden.

Der deutsche Außenhandel im Januar

Die Einfuhr ist im Januar 1929 im reinen Warenverkehr mit 1319 Millionen Reichsmark ausgewiesen; die Ausfuhr beträgt einschließlich Reparationsgütern 1105 Millionen Reichsmark, hiervon entfallen auf Reparationsgüter 68,9 Millionen Reichsmark. Der **Einfuhrüberschuß** beläuft sich sonach auf 214 Millionen Reichsmark einschließlich, auf 283 Millionen Reichsmark ausschließlich der Reparationsgüterlieferungen.

Gegenüber dem Dezember 1928 ist die Einfuhr um 218,2 Millionen Reichsmark höher ausgewiesen. Die Steigerung der Einfuhrzahl beruht jedoch zu einem erheblichen Teil darauf, daß im Januar im Zusammenhang mit den in diesem Monat stattfindenden Zollabrechnungen im Niederlageverkehr Waren angeschrieben werden, die tatsächlich bereits in den zurückliegenden Monaten in den freien Verkehr getreten sind. Schaltet man die hierdurch bedingte **Überhöhung** aus, so ergibt sich eine tatsächliche Zunahme der Einfuhr von nur etwa 70 bis 80 Millionen Reichsmark. Diese entfällt auf Rohstoffe und halbfertige Waren, sowie Fertigwaren. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken, bei der die Zollabrechnungen von besonderer Bedeutung sind, hat in Wirklichkeit gegenüber dem Dezember 1928 etwas abgenommen. Die Ausfuhr ist gegenüber dem Vormonat gestiegen (einschließlich Reparationsgüterlieferungen um 76,1 Millionen Reichsmark). An dieser Zunahme sind Rohstoffe und halbfertige Waren, sowie Fertigwaren beteiligt. Die Ausfuhr von Lebensmitteln ist etwas zurückgegangen. An der Steigerung der Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren sind hauptsächlich gewisse Saisonwaren, wie Kalkalperer (+ 3,8 Millionen Reichsmark), deren Ausfuhr in den ersten Monaten des Jahres regelmäßig anzusteigen pflegt, beteiligt. Die Zunahme der Ausfuhr von Fertigwaren liegt überwiegend bei Textilfertigwaren (+ 32,5 Millionen Reichsmark) und Großelektrowaren (+ 16,7 Millionen Reichsmark). Eine Abnahme der Ausfuhr ist im wesentlichen nur bei solchen Waren festzustellen, deren Ausfuhr nach Erledigung des Weihnachtsgeschäfts zu Anfang des Jahres regelmäßig zurückzugehen pflegt. Dies sind vor allem Kinderpielzeug (- 4,6 Millionen Reichsmark), Rederwaren (- 2,0 Millionen Reichsmark), bergoberte und verfilberte Waren (- 1,88 Millionen Reichsmark), Wäcker (- 1,9 Millionen Reichsmark), Uhren (- 1,5 Millionen Reichsmark), und Musikinstrumente (- 1,2 Millionen Reichsmark).

Die Pariser Konferenz

RD. Paris, 22. Febr. (Tel.) „Matin“ glaubt berichten zu können, daß mit der Ausarbeitung von Vorschlägen über die **Arbeitsmethoden** beauftragte **Fünferausschuß** werde voraussichtlich im Laufe der heutigen Sitzung die Mission erhalten, diese Arbeit fortzusetzen, die unmöglich in einigen Sitzungen beendet werden könnte.

Die Sachverständigen haben sich am Donnerstag auf einen Meinungsaustausch in privaten Unterredungen beschränkt. Der Fünferausschuß trat jedoch am Nachmittag zusammen.

Arbeitslosenunterstützung und Braunkohlenverladung

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird geschrieben: Durch einen Teil der Presse ging kürzlich ohne nähere Angaben die Meldung, daß das **Verladen von Brilletts** in die Eisenbahnwagen ins Stocken gekommen sei, weil es unmöglich sei, aus dem Reichshafen von Arbeitslosen die nötigen Arbeitswilligen zu bekommen, die sich zum Verladen der Brillettstapel bereithalten. Daran waren zum Teil recht abschällige Kritiken der Arbeitslosenunterstützung geknüpft. — Das Reichsarbeitsministerium hat veranlaßt, daß alle Einzelfälle, die ihm bekannt geworden sind, sofort nachgeprüft werden. Dabei ist festgestellt worden, daß der Bedarf der Gruben an Arbeitskräften sofort ohne Störung gedeckt worden ist. Einige Gruben haben sogar eine größere Zahl **Umschmelzarbeiter** entlassen, die jederzeit für Arbeit zur Verfügung standen. Damit erübrigt es sich, auf die Angriffe gegen die Arbeitslosenunterstützung einzugehen, die mit den Meldungen verbunden worden sind.

Ablehnung des Einpruchs im Fall Noos. Der Kassationshof in Paris hat den von Professor Noos gegen den Beschluß, seinen Prozeß vom Gericht in Colmar an das Gericht in Besançon zu verweisen, erhobenen Einpruch abgewiesen. Prof. Noos war im Autonomienprozeß in contumaciam verurteilt worden; er hatte sich später aber zur Wiederaufnahme des Verfahrens den Behörden gestellt.

Beschlagnahme einer deutschen Zeitung in Polen. Wie das in Dirschau erscheinende „Kommerzieller Tageblatt“ meldet, wurde seine Ausgabe wegen eines Artikels „Üben und drüben, polnische Schulen in Preußen und deutsche Schulen in Polen“ beschlaggenommen. Der von der polnischen Zensur bestellte Artikel brachte statistisches Material über die **Minderheitenschulverhältnisse** beider Länder.

Das Befinden des Königs von England. Wie aus Vognos gemeldet wird, hält die Besserung im Befinden des Königs an. Er konnte am Mittwoch zum erstenmal an einem Stuhl und mit Hilfe einer Krankenstühle im Zimmer auf und ab gehen. Er ist noch äußerst schwach und wird erst bei einer wesentlichen Besserung des Wetters sich ins Freie begeben können.

Kurze Nachrichten

Begebung von Reichsschatanweisungen. Das Reich hat durch die Reichsbank an der Börse lombardfähige Reichsschatanweisungen verkauft, die zum Teil am 30. September d. J., zum Teil am 31. Januar 1930 fällig werden. Der Zinsfuß beträgt 7½ Proz. In Frage kommt ein Betrag von etwa 155 Millionen Reichsmark. Es handelt sich um eine Transaktion, die erforderlich wurde, um das Reich in die Lage zu versetzen, die durch die Lage am Arbeitsmarkt verschärften Umlaufschwierigkeiten zu überwinden. Der Weg der Reichsschatanweisungen, d. h. einer kurzfristigen Anleihe, mußte gewählt werden, da der durch das Reichsbankgesetz auf 400 Millionen Reichsmark limitierte Betrag der redestonfähigen Schatzwechsel bereits ausgeschöpft ist.

Der Mainzer Spionageprozess verlagert. Wie Habas berichtet, ist der Prozess gegen die der Spionage beschuldigten deutschen Domänenbeamten, der heute vor dem Mainzer Militärgericht beginnen sollte, verlagert worden.

Die rumänische Kammer hat der Ratifizierung des Litwino-Prozokolls über die beschleunigte Intrafikation des Kellogg-Paktes zugestimmt.

Badischer Teil

Zur Neuordnung des Schreibunterrichts in Baden

Am 14. Januar 1929 fand in der Sitzung des Unterrichtsministeriums, die dieser Tage stattfand, wurde die Frage der Schriftreform in den badischen Schulen eingehend erörtert. Nach einem Referat des Fachreferenten über die verschiedenen Reformvorschläge, die zur Zeit in anderen deutschen Ländern erprobt werden, und einem Bericht über die Ergebnisse der in Baden an verschiedenen Schulen mit der sogenannten Sütterlin-Schreibweise gemachten Versuche wurde auf Grund der der Unterrichtsverwaltung vorliegenden Schriftproben Einhelligkeit darüber festgestellt, daß die bisher gebräuchliche badische Normalschrift in verschiedener Hinsicht reformbedürftig sei.

Auf den vom badischen Unterrichtsminister beim Reichsministerium des Innern vor einiger Zeit gestellten Antrag, die Frage der Schriftreform im Reichsausschuß für das Unterrichtswesen zur Erörterung zu bringen, um eine möglichst einheitliche Regelung in den deutschen Ländern zustande zu bringen, wird eine Entscheidung in nächster Zeit erfolgen müssen. Es ist beabsichtigt, auf eine beschleunigte Behandlung der Angelegenheit im Reichsausschuß hinzuwirken. Überdies hat der badische Unterrichtsminister in Aussicht genommen, in den Osterferien über die Neugestaltung des Schreibunterrichts eine Besprechung abzuhalten, zu der Vertreter der Schulbehörden, der Lehrer, Schriftsachverständigen, sowie der Berufsorganisationen eingeladen werden sollen. Hiernach steht zu erwarten, daß die Durchführung der Schriftreform in den Schulen in Baden in Kürze in einer bestimmten Richtung in die Wege geleitet werden kann.

Sparfassen-Direktor a. D. Heinrich Schmeller in Mannheim 70 Jahre alt

Heinrich Schmeller in Mannheim, lange Jahre eine führende Persönlichkeit der badischen Sparfassen und weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus bekannt, begeht am 25. Februar in voller körperlicher und geistiger Frische seinen 70. Geburtstag. Hervorgegangen aus dem mittleren Verwaltungsdienst, war Herr Schmeller zunächst als Sparfassen-Direktor im Ministerium des Innern verwendet, bis ihn seine Heimatstadt Oppingen als Bürgermeister gewählt hat. Nur wenige Jahre war es ihm vergönnt, die Geschicke seiner Vaterstadt zu leiten, da ihn die Stadt Mannheim für die Leitung der Sparfasse wählte. Unter ihm hat sich die Sparfasse Mannheim außerordentlich entwickelt. Herr Schmeller hat es verstanden, dem Institut vornehmen und modernen Charakter zu geben, wo es galt, neuzeitliche Probleme zu lösen, war er damit an der Spitze. Er beschränkte sich indes nicht allein auf das von ihm geleitete Institut. So wurde seinerzeit die Gründung der Girozentrale von ihm vollzogen. Bis zu seinem Austritt gehörte er den Organen der badischen Sparfassen- und Giroverbände an, wo er hervorragend tätig gewesen ist. Lange Zeit war Schmeller nebenamtlicher Geschäftsführer der Sparfassenverbands-Geschäftsstelle und Vorsitzender des Vereins badischer Sparfassenredner. Auch heute noch erfreut sich der Jubilar größter Verehrung in Berufsreisen. Man hat es gerne gesehen, daß er noch im wohlverdienten Ruhestand die Leitung der Sparkasse für Sparfassenbeamte im Mannheimer Bezirk übernommen hat.

Die Arbeiten am Großkraftwerk Schwörstadt

Anfolge der großen Kälte und des starken Eisgangs auf dem Rhein sind die Arbeiten am Kraftwerkbau eingestellt worden. Vor dieser Zeit war die Ausräumung der Baugrube für die Erstellung der Fundamente des Krafthauses und der Saugrohre für die zwei Turbinen im vollen Gange. Innerhalb der Baugrube für das Krafthaus wurde das Aufräumen des Felsens für das Fundament des Treppenturbinen zwischen Wehr und Krafthaus vorgenommen und der Pfeiler selbst zum Teil fertiggestellt. Die äußere Gestaltung des künftigen Krafthauses wurde unter Bezug namhafter Architekten und im Einvernehmen mit je zwei Vertretern des schweizerischen und badischen Heimatschutzes entworfen.

Eine wichtige Verkehrsstagnation

Die Vertreter der bedeutendsten englischen Reisebüros, sowie die interessierten deutschen Verkehrsorganisationen vereinigen sich heute in Köln, um die Frage der Neubelebung des Nord-Süd-Verkehrs zu erörtern. Es wurden die Mittel und Wege zur stärkeren Belebung der Rheinreisen besprochen. 14 Städte, die der westdeutschen und südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft angehören, haben sich zu einer gemeinsamen Werbung vereinigt, um dem privaten Reisepublikum die Schönheiten rheinischer Landschaften, des Schwarzwaldes, des bayerischen Hochlandes und der Schweizer Alpen vor Augen zu führen und die alte, im britischen Reisepublikum fest verankerte Tradition einer Rheinreise neu zu festigen. Für den Herbst des Jahres ist eine weitere Zusammenkunft in Aussicht genommen.

Der Winter in Baden

Die Gefahr für die Rheinschiffe

Die Vertreter der Mannheimer und auch einiger auswärtiger Reedereien hatten sich in Mannheim zusammengefunden, um mit dem Rheinbauamt über die vorzunehmenden Sicherungen zu beraten. Es kommt darauf an, wie das Tauwetter einsetzt. Bricht das Eis im Norden los und kommt gleichzeitig Regen, so geht die Eisschmelze sehr rasch vor sich. Setzt das Tauwetter aber im Süden ein und bricht das Eis zuerst, dann besteht für die Schiffe große Gefahr. Die heftige Strömung, die durch das rasche Steigen des Wassers hervorgerufen wird, reißt das losgebrogene Eis mit sich und wirft dieses mit aller Wucht auf die noch vorhandene Eisaufstauung im Norden. In diesem Falle sind die Schiffe überaus stark gefährdet. Diesen Gefahren zu begegnen oder wenigstens abzumildern, galt die gemeinsame Besprechung. Fast alle Schiffsbesatzungen arbeiten sieberhaft, um wenigstens eine Rinne um ihr Schiff zu schlagen, damit der ausgewählte Strom daran vorbei kann. Große Schwierigkeiten wird das Festmachen der Schiffe verursachen. Vor allem müssen die beladenen Schiffe entladen werden. Die größte Gefahr bietet das erste Schiff, das einer Schweizer Firma gehört und noch voll von Zuder und Kartoffeln (ca. 550 Tonnen) beladen ist. Wird dieses Schiff von den Eismassen mitgerissen, dann muß man für alle übrigen fürchten.

Redarreisprengungen

DJ. Heidelberg, 22. Febr. (Tel.) Hier wird morgen in größerem Umfang mit den Sprengungen der Redarreisbede begonnen werden, die bekanntlich seit 5-6 Wochen besteht und jetzt eine durchschnittliche Stärke von 45 Zentimeter erreicht hat. Man will versuchen, im Redar eine Fahrtrinne zu sprengen, damit bei Eintritt von Tauwetter ein Durchfluß für das Wasser vorhanden ist.

Abhandlungskommission Platinhalskette

Am 14. Januar 1929 kam in Heidelberg eine aus Heinen, ovalen Gliedern bestehende Platinhalskette mit einfachem Verschluss (übliche Siederung) im Werte von zirka 2000 M abhandeln.

Die Kette hat vorne einen Keimen, abwärts hängenden zirka 12-15 Millimeter langen Steg, an dem sich ein Brillant befindet. Nähere Mitteilungen sind an das Badische Landespolizeiamt Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 15, zu richten.

Falsche Dreimarkstücke

In letzter Zeit kommen in Baden falsche Dreimarkstücke in Verkehr, die durch Guß aus Silber, Kupfer und Zinn hergestellt sind. Die Stücke tragen in der Hauptsache die Münzzeichen A, D und G und die Jahreszahl 1923. Die Fälschungen sind sehr gut nachgeahmt. Sie sind hauptsächlich an ihrer rötlichen Farbe, Sprödigkeit des Metalls und an ihrem beschwommenen, uncharakteristischen Gepräge zu erkennen.

Es wird gebeten, diesen Fälschungen, da sie eine sehr gefährliche Fälschung darstellen, besondere Aufmerksamkeit zu schenken und die Vertreter der Polizei oder Gendarmerie zu übergeben.

Der Mannheimer Haushaltsplan 1929. Der Haushaltsplan der Stadt Mannheim für 1929, der schon erschienen ist, schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 103 682 600 Reichsmark ab. Das Mannheimer Nationaltheater zeigt einen Anstieg von 2,4 Millionen Ausgaben, denen nur 1,3 Millionen Einnahmen gegenüberstehen. Es ist also ein Plus von 1,1 Millionen Reichsmark nötig. Hinzukommen noch Leistungen für Regierung der Stadt in Höhe von einer halben Million. — An Steuern und anderen Abgabeneinnahmen weist der Plan rund 84 Millionen auf. Dagegen gegenüber stehen 7,1 Millionen Ausgaben. — Wasser-, Gas- und Elektrizitätswert arbeiten mit Überschuss und balancieren so die städtischen Betriebe und Unternehmungen mit 34,4 Millionen bis auf einen Rest von 378 000 Reichsmark aus. — An den Zuschüssen ist die Wohlfahrtspflege mit 10 Millionen, das sind 31,1 Prozent, beteiligt. Im Vorjahre waren es 3,9 Prozent weniger.

Aus der Landeshauptstadt

Starker Nachtfrost. Während der verfloßenen Nacht hat die Kälte wieder stark zugenommen. Das Thermometer zeigte gestern abend gegen 8 Uhr — 3 Grad, die niedrigste Temperatur von heute Nacht war — 13,5; die bis 8½ Uhr heute vormittag war 12,6 Grad unter Null.

Ausstellung von Bucheinbänden. In der Badischen Landesgewerbehalle Karlsruhe hat eine Ausstellung von Bucheinbänden Einzug gehalten, die weitest gehende Beachtung verdient. Es ist die Reichswanderausstellung handwerklich guter und wohlfeiler Bucheinbände, kurz genannt „Rehabu“. Die vom Bund „Meister der Einbandkunst“ (Sitz Leipzig) veranstaltete Bucheinbandausstellung ist bisher schon in Halle a. d. S., Weiskau, Berlin, München, Hannover und zuletzt in Stuttgart gezeigt worden. Vermöge ihrer eigenartigen und ansprechenden Zusammenstellung hat diese Ausstellung bisher überall berechtigtes Aufsehen erregt. Durch diese Reichswanderausstellung soll bewirkt werden, den handwerklich guten und wohlfeilen Bucheinband weitesten Kreisen vorzuführen und zugleich für den künstlerisch ausgestatteten Einzelband Interesse zu erwecken. Die Ausstellung ist vom Samstag, den 23. Februar, an bis 24. März zur freien Verfügung zu den üblichen Besuchszeiten offen; diese Besuchszeiten sind wochentags von 10 bis 11 Uhr und 15 bis 18 Uhr, Sonntags von 11 bis 13 Uhr und 15 bis 17 Uhr. Möge diese Ausstellung in Karlsruhe das Interesse finden, das ihr gebührt!

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Heute nacht sind die Temperaturen in tieferen Lagen noch stärker zurückgegangen (Rheinebene bis — 15 Grad, Mainniederung bis — 20 Grad), in höheren Lagen hat der Frost dagegen nachgelassen, so daß oberhalb 1000 Meter mit 0 Grad beträchtliche Temperaturumkehr herrscht. Der strenge Frost beschränkt sich gegenwärtig auf Süddeutschland, da der Kern des europäischen Hochs durch den über Nordeuropa erfolgten Einbruch wärmerer Luft noch weiter nach Süden gedrängt worden. Immerhin herrscht an der deutschen Küste noch Frost, zwischen 2 und 9 Grad Minus. Da über dem Nordmeer, über der Nordsee eines bereits stark verschleierten Tiefes neue Kalte nach Süden vordringt, und über England ein Hochdruckgebiet aufgebaut hat, ist für die Bitterung unseres Gebietes noch keine wesentliche Änderung zu erwarten. — **Wetterausblick:** Fortdauer des Frostwetters, Temperaturen wenig über Null.

Karlsruhe als Kongress-Stadt. Aus Anlaß der Generalversammlung der Landesgewerbebank für Südwestdeutschland A.-G. findet in Karlsruhe eine größere genossenschaftliche Tagung statt, wozu 250-300 Vertreter von Genossenschaftsbanken aus allen Teilen des badischen Landes und des Mittelrheins sich einfinden werden. Am morgigen Samstag, den 23. Febr., um 4 Uhr hält die Landesgewerbebank für Südwestdeutschland A.-G. ihre Generalversammlung ab, an welche sich am Abend ein Vortrag und ein gefälliges Beisammensein der Genossenschaftsvertreter anschließen. Zu dieser Veranstaltung sind die badische Staatsregierung sowie Führer des politischen und wirtschaftlichen Lebens eingeladen. Eine am Sonntagvormittag, den 24. d. Mis., stattfindende Vorstandskonferenz wird wiederum die Leiter der Genossenschaftsbanken zur Besprechung von Tagesfragen vereinigen.

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Mannheim, 22. Febr. Im Vorort Heidenheim sind seit einigen Tagen zahlreiche Wasserleitungen eingefroren, so daß die Wasserzufuhr für viele Einwohner vollkommen gesperrt ist. Noch schlimmer aber als dieser Wassermangel macht sich die Tatsache bemerkbar, daß dadurch die Dampfheizungen lahmgelegt wurden und sich die Einwohner mit elektrischen Heizstrahlen notdürftig vor Erfaltungen schützen müssen.

DJ. Heidelberg, 22. Febr. Gestern abend erlitt im Hofstet der elterlichen Wohnung in der Kronprinzenstraße 45 der 64jährige Knabe Emil Laufer, weil dort ein Kokslofen zum Aufheizen der eingefrorenen Wasserleitung aufgestellt worden war.

DJ. Heidelberg, 22. Febr. Vier Tage heute früh im Alter von 78 Jahren General der Infanterie a. D. Kurt von Keller, früherer Kommandeur der 28. Infanteriebrigade und im Kriege stellvertretender kommandierender General des 11. Armeekorps Kassel.

ld. Eberbach, 21. Febr. In Unterjohannsmattenweg sind drei Dirse durch Hunger und Kälte eingegangen. In Brombach wurde ein noch lebendes, gehektes Reh aufgefunden, dem ein Fuchs den einen Schlegel abgetrieben hatte; in Siebelsgrund haben gleichfalls zwei tote Rehe gelegen. In Korkelschüttle kam ein Storch bis ins Dorf, brüllte noch einige Male laut auf und stürzte tot zusammen.

DJ. Säckingen, 21. Febr. Da die zirka 300 Meter lange Druckrohrleitung der Kaiserlichen Elektrizitätsanlage, die die Gemeinde Glashütten mit Strom versorgt, völlig zugefroren ist, so ist die Gemeinde ohne Licht und ohne Kraftstrom. Die Rohrleitung wurde durch das Eis in ihrer ganzen Länge zum Brechen gebracht. Der Schaden ist erheblich.

* Zimmendingen, 21. Febr. (Amtlich.) Heute vormittag 11 Uhr 25 fuhr im Bahnhof Zimmendingen eine Lokomotive dem einfahrenden Güterzug 884 Freiburg—Mm in die Platte, wodurch Lokomotive und Packwagen des Güterzugs entgleisten. Ein Reisender wurde leicht verletzt. Beide Lokomotiven wurden stark beschädigt. Güterzug 884 konnte mit 50 Minuten Verspätung weiterfahren. Der Betrieb ist nicht gestört.

ld. Grenzach, 21. Febr. Infolge der starken Kälte sind im hiesigen Gemeindegeld, und zwar im Waldgebiet Alte Neute, Hunderte von Eichen im Durchmesser von 80 bis 100 cm entwurzelt oder in vier oder fünf Teile gesplittelt. Als Rohholz sind diese Stämme unbrauchbar geworden.

ld. Speyer, 21. Febr. Aus Anlaß der 400jährigen Protektionstagsfeier in Speyer werden am ersten Pfingstfesttag an 30 größten Orten der Pfalz hervorragende Kanzelredner in den Hauptgottesdiensten predigen. Auch das Ausland wird stark vertreten sein. Es haben bis jetzt ihr Erscheinen zugesagt: Bischof Dr. Valentin in Debreczin (Ungarn), Kirchenrat Sidmann in Durg in Böhmen, Generalinspektor Dr. Blau in Posen, Bischofsvikar Komer in Mediasch in Siebenbürgen, Oberpastor Grüner in Niga, Hauptpastor Ohly in Stockholm, Pfarrer Herbst in Haag, Pfarrer Sig. Dahlgrün in Paris.

DJ. Landau, 22. Febr. Vor dem Militärpolizeigericht Landau hatte sich der Kaufmann Hans Kölsch aus Birmafens wegen einer Übertretung einer Ordnung der Rheinlandkommission zu verantworten. Er hatte den Vertrieb des durch die Interalliierte Rheinlandkommission im besetzten Gebiet verbotenen Buches „Albert Leo Schlageter, Leben und Sterben eines Helden“, von Robert Brandt, in Birmafens vorgenommen. Das Militärgericht verurteilte ihn deswegen zu 10 Tagen Gefängnis und 200 M Geldstrafe oder weiteren 20 Tagen Gefängnis.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. Febr.		21. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.60	168.95	168.55	168.89
Kopenhagen 100 Kr.	112.25	112.47	112.22	112.44
Italien . . . 100 L.	2.065	2.105	2.06	2.10
London . . . 1 Pf.	20.432	20.472	20.428	20.468
New York . . . 1 D.	4.2100	4.2180	4.2090	4.2170
Paris . . . 100 Fr.	16.435	16.475	16.43	16.47
Schweiz . . . 100 Fr.	80.92	81.108	80.94	81.10
Wien 100 Schilling	59.14	59.26	59.13	59.25
Prag . . . 100 Kr.	12.432	12.502	12.470	12.499

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 20. Februar d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10½ d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7586 Pence.

Billing & Zoller, A.-G. für Bau- und Kunstfärberei, Karlsruhe. Nach der Bilanz per 30. April 1928 wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Reingewinn von 15 777 Reichsmark erzielt, der zur teilweisen Deckung eines aus dem vorhergehenden Jahre stammenden Verlustes von 25 450 Reichsmark Verwendung findet. Im Gewinn- und Verlustkonto dieser mit 666 000 Reichsmark arbeitenden Gesellschaft sind Unkosten mit 296 405 Reichsmark und Abschreibungen mit 25 386 Reichsmark ausgewiesen.

Mittelbadische Privat-, Spar- und Darlehnskasse, G. m. b. H., Karlsruhe. Das am 31. Dezember 1928 abgelaufene Geschäftsjahr der mit 80 000 Reichsmark Stammkapital ausgestatteten Gesellschaft mit beschränkter Haftung weist einen Reingewinn von 8025 Reichsmark auf. Neben 8000 Reichsmark Reserven betragen die Sporeinlagen 223 738 Reichsmark, Kreditoren 55 426 Reichsmark, denen auf der andern Seite Kasse mit 4320, Darlehen mit 512 601, Kontokorrentkonto mit 5882, Postcheckkonto mit 857 Reichsmark und Inventar, nach 200 Reichsmark Abschreibungen, mit 1400 Reichsmark gegenüberstehen. (Bad. Presse.)

Rehabu

Reichswanderausstellung handwerklich guter und wohlfeiler Bucheinbände

in der Bad. Landesgewerbehalle Karl-Friedrich-Straße, vom 23. Februar bis 24. März 1929

Werktags: 10 bis 13, 15 bis 18, Sonntags: 11 bis 13, 15 bis 17 Uhr Eintritt frei

Staatsanzeiger

Entscheidung in einer Enteignungsangelegenheit
Auf Grund des § 33(?) des Gesetzes über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft vom 30. August 1924 (Reichsgesetzblatt Teil II, Seite 2722 ff) in Verbindung mit dem badischen Enteignungsgesetz vom 26. Juni 1899 (in der Fassung vom 24. Dezember 1908) bestimme ich in Abänderung meiner Entscheidung vom 18. Januar 1922:

- Die Richtung der Reichsbahnstrecke Bad Peterstal-Griesbach in den Gemarkungen Bad Peterstal und Griesbach gilt nach den in den Tagfahrten vom 12. Juni und vom 19. Oktober 1923 aufgenommenen Niederschriften und offengelegten Plänen und Beschreibungen als fest bestimmt;
- Die Grundstücke und Grundstücksrechte, die für die Ausführung der Reichsbahnlinie Bad Peterstal-Griesbach und der hiermit in Verbindung stehenden baulichen und Weganlagen in den badischen Gemarkungen Bad Peterstal und Griesbach beansprucht werden, sind gemäß den in den Tagfahrten vom 12. Juni und vom 19. Oktober 1923 offengelegten Plänen und Grunderwerbverzeichnissen, sowie den Niederschriften über diese Tagfahrten in dem beantragten ungefähren Flächenmaß gegen vorherige Entschädigung an den Unternehmer abzutreten. Als Unternehmer ist die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, vertreten durch die Reichsbahndirektion Karlsruhe, anzusehen, welche die Grundstücke und Grundstücksrechte gemäß § 6 des Reichsbahngesetzes für das Deutsche Reich (Reichseisenbahnvermögen) zu erwerben hat;

3. Der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, vertreten durch die Reichsbahndirektion Karlsruhe, obliegt gemäß § 5 des badischen Enteignungsgesetzes auf ihre Kosten die Unterhaltung aller auf Reichsbahngelände zu errichtenden neuen Anlagen unbeschadet der wegen der Unterhaltung bereits getroffenen Vereinbarungen. Soweit es sich um Ersatzanlagen handelt, besteht diese Verpflichtung nur insoweit, als die Unterhaltung über den Umfang der bisherigen Verpflichtungen hinausgeht.

Berlin, den 30. Januar 1929.
Der Reichsverkehrsminister:
gez. v. Guérard.

Nr. 14339.
Dies wird gemäß § 32 Abs. 2 des Bad. Enteignungsgesetzes hiermit bekanntgegeben.
Karlsruhe, den 21. Februar 1929.
Der Minister des Innern
Kemmle

Bekanntmachung

Schonzeit für Flugwild.
Zur Erhaltung des durch den scharfen Frost schwer gefährdeten Flugwilds wird auf Grund des § 26 Absatz 2 des Jagdgesetzes vom 28. Mai 1927 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 119 ff) angeordnet, daß die Schonzeit für Enten, Schnepfen und das andere Sumpf- und Wassergeflügel sofort beginnt.

Karlsruhe, den 21. Februar 1929.
Der Minister des Innern
Kemmle

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhefetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Staatsministeriums

Ernannt:
Oberlandesgerichtsrat Dr. Engelhardt mit Wirkung vom 1. April 1929 und Oberlandesgerichtsrat Wobigemann mit Wirkung vom 1. Mai 1929 zu Mitgliedern des Kompetenzgerichtshofs.

Volkstrauertag Erklärung.

Am Sonntag, dem 24. Februar d. J., dem Volkstrauertag für die Opfer des Weltkrieges, werden die staatlichen und städtischen Gebäude halbmaß flaggen. Ich bitte die Einwohnerschaft, diesem Beispiele zu folgen und an dem genannten Tage auch ihre Häuser

auf halbmaß zu flaggen

Karlsruhe, den 21. Februar 1929.

Der Oberbürgermeister.

Gemeindesparkasse Plankstadt.

Öffentliche Spar- und Creditanstalt.

Telephon 452.

Bilanz per 31. Dezember 1927.

Vermögen:	R.M.	Schulden:	R.M.
Kassenbestand und Post-scheckguthaben	182,32	Spareinlagen	59 620,13
Hypotheken	56 650,—	Giro- und Scheckeinlagen	4 923,77
Bürgschaftsbargeld	25 980,—	Sonstige Schulden	22 255,97
Girozentrale	2 965,73	Reingewinn	2 477,41
Rückstände	2 969,99		
Stückzinsen	515,24		
Wertpapiere	2,—		
Gewährschaften	3,—		
	89 277,28		89 277,28

Durch die Tagespresse ging am Donnerstag, den 21. Februar 1929 der Bericht über Riesenschwindeleien einer

Badischen Treuhandgesellschaft in Mannheim.

Der Prozeß gegen diese Firma begann am 20. Februar 1929 vor den Mannheimer Gerichten. Angeklagt sind die Kaufleute Mann und Schmitt wegen einer Anzahl großangelegter Schwindeleien.

Wir erklären hierzu, daß wir sowohl mit der Firma Badische Treuhandgesellschaft m. b. H. Mannheim nie irgend etwas zu tun gehabt haben, noch mit den Herren Mann und Schmitt jemals in Verbindung standen.

Unsere Firma ist die **älteste badische Treuhandgesellschaft**, die im Jahre 1910 in Karlsruhe gegründet wurde und heute als Aktiengesellschaft in Karlsruhe i. B., Freiburg i. Br. und Konstanz a. B. Geschäftsstellen unterhält.

Um unangenehme Verwechslungen zu vermeiden, sehen wir uns zu obiger Erklärung veranlaßt.

Badische Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft

Gegründet 1910

Karlsruhe i. B. Freiburg i. Br. Konstanz a. B.

Der Vorstand: Dr. Staat. Dr. Dammann. Dr. Kölsch.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!



Badisches Landestheater

Samstag, 23. Februar
A 17 Th.-Gem. 3. S.-Gr.
(1. und 2. Hälfte)

Keinen aus Irland

Kußspiel von Kamare
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:

Berktram, Genier, Biller, Bockfeldt, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Jakob, Just, Keinath, Klobbe, Kubne, Mehner, Müller, Prüter, Schneider, Schulze, Seibert, v. d. Trend, Wiedel

Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise A (0,70—5,00 RM)

So. 24. Febr., Hoffmanns Erzählungen, No., 25. Febr., König Lear, in der Festhalle: 4. Volkshilfskonzert, Die 26. Febr., Schneidewitz, hierauf: Tänze

Ruhholzausstellung

Bad. Forstamt Bruchsal, Montag, den 4. März d. J., vormittags 10 Uhr: 500 fm Forstabschnitte N. I—V in 6 Kisten. Losauszüge durch das Forstamt. D. 594

G. BRAUN
VORM. G. BRAUNSCHE HOFBUCHDRUCKEREI
KARLSRUHE
KARL-FRIEDRICH-STR. 14

fertigt Drucksachen aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private.
Kurze Lieferfristen
Preise mäßig

Restitutions der Baufluchten im Gewann Weidenacker, Hochhütterwegacker und Zeilerweg in Spöck.

Der Gemeinderat Spöck hat die Abänderung des Ortsbauplans der Gemeinde Spöck dahin beschlossen, daß die Baufluchten der neuen Straßenzüge im Gewann Weidenacker, Hochhütterwegacker und Zeilerweg festgestellt werden sollen. D. 596

Der Ortsbauplan liegt innerhalb 2 Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet in dem Rathaus in Spöck zur Einsichtnahme auf. Etwaige Einnwendungen sind während dieser Zeit dortselbst oder beim unterzeichneten Bezirksamt, Zimmer 55, bei Auschlussvermeidung, vorzubringen.

Karlsruhe, den 14. Februar 1929. D.-B. 14.
Badisches Bezirksamt Abteilung II.

Colosseum

Täglich 8 Uhr
REVUE

Die Welt ohne Schleier

Preisgekrönte Frauenschönheiten

Güterrechtsregister.

Durlach. Güterrechtsregister. Eingetragen am 15. Februar 1929: Badenloß, Ludwig Heinrich, Winger in Wolfartsweier, und Wilhelmina geb. Joachim. Vertrag vom 21. Dezember 1928. Errungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist sowohl das von ihr in die Ehe eingebrachte, als das ihr später durch Erbschaft oder Schenkung anfallende Vermögen. Amtsgericht. D. 595

Badische Bank.

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Activa.	R.M.	Passiva.	R.M.
Kassenbestand: Goldbestand in unseren Kassen 4 564 553,55 RM		Grundkapital: Stück 30 000 Stammakt. zu 100 RM 3 000 000,— RM	
Goldbestand bei ausländischen Zentralnotenbanken, unbelastet 3 563 855,85	8 128 409,40 RM	" 10 000 " 500 " 5 000 000,— "	
Noten anderer Banken	331 850,—	600 Vorzugsakt. " 500 " 300 000,— "	8 300 000,—
Sonstige Kassenbestände	15 660,80	Rücklagen	3 300 000,—
Eigene Banknoten	832 350,—	Gesamtbetrag der in den Betrieb gegebenen Banknoten zu 50 RM	27 000 000,—
Devisenbestand	9 308 270,20	Guthaben der Giro- und Kontokorrent-Gläubiger:	
Wechselbestand abzüglich Rückzinsen	2 877 793,49	a) täglich fällige Verbindlichkeiten 14 482 510,81 RM	
Rombardforderungen (lt. § 14, 3 b. c und d des Privatnotenbankgesetzes) zuzüglich Zinsen bis 31. Dez. 1928	1 391 921,45	b) an eine Kündigungsfreigebundene Verbindlichkeiten	42 248 716,71
Bestand an Schatzwechseln und Effekten	6 937 806,45	Unerhobene Gewinnanteile	56 731 297,52
Kontokorrent-Guthaben: Zinssatz, Giro- und sonstige Guthaben	38 874 277,36	Reingewinn für 1928	1 088 321,24 RM
Grundstücke: Bankgebäude in Mannheim und Karlsruhe	300 000,—	Vortrag aus dem Geschäftsjahre 1927	100 000,—
	96 522 370,26	Verbindlichkeiten aus weitergegebenen im Inlande zahlbaren Wechsel 4 089 936,98 RM	1 188 321,24
			2 821,50
			96 522 370,26

Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1928.

Col.	R.M.	Saben.	R.M.
Steuern	873 799,33	Vortrag aus dem Geschäftsjahre 1927	100 000,—
Persönliche Unkosten	736 035,24	Zinsen aus diskontierten Wechseln	2 962 050,59
Allgemeine Unkosten	113 629,04	Zinsen aus besicherten Wertpapieren	123 611,24
Zinsen im Scheckverkehr	2 817 083,07	Zinsen aus Guthaben, Depotgebühren und sonstige Erträge	2 176 533,38
Banknotensteuer	194,60	Vortrag aus eigenen Effekten und Schatzwechseln	366 867,31
Reingewinn für 1928	1 088 321,24 RM		
Vortrag vom Jahre 1927	100 000,— RM		
	5 729 062,52		5 729 062,52

Die Dividende für das Jahr 1928 wurde in der heutigen Generalversammlung auf 10% = 10 RM für die Stammaktie von 100 RM, 50 RM für die Stammaktie von 500 RM, auf 6% = 30 RM für die Vorzugsaktie von 500 RM festgesetzt und gelangt gegen Einlieferung des Dividendenscheins Nr. 58 in Mannheim und Karlsruhe: an unseren Kassen, ferner in Frankfurt a. M.: bei der Direction der Disconto-Gesellschaft und dem Bankhause G. Ravensburg, in Berlin: bei der Direction der Disconto-Gesellschaft von heute ab zur Auszahlung.

Mannheim, den 20. Februar 1929.

Der Vorstand der Badischen Bank.

Beh. Böcker. Stern. Neuhäuser.

Druck G. Braun, Karlsruhe